



Gruppe im Kreistag des Landkreises Hildesheim

Hausanschrift: Bischof-Janssen-Straße 31, 31134 Hildesheim — Postanschrift: Postfach, 31132 Hildesheim
☎ (0 51 21) 3 09-2911/2901 — Fax (0 51 21) 3 09-2909 — **E-Mail:** Kreistagsfraktion@cduhildesheim.de

**Herrn Landrat
Reiner Wegner**

o.V.i.A.

Hildesheim, 14.02.2013

Zuschussvergabe für Suchthilfen Hildesheim, Antrag der Caritas auf Erhöhung im Jahr 2013; Anfrage gem. § 18 Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Landrat Wegner,

auf der Tagesordnung der Sitzung des Dezernatsausschusses 4 am zurückliegenden 12.02.2013 stand u.a. die Vergabe von Zuschüssen u.a. für Suchthilfen. Der Caritasverband hatte eine Anhebung der bisherigen Zuschüsse beantragt, da die evangelische Landeskirche ihrerseits einen Zuschuss für 2013 gestrichen hat.

Eine entsprechende Nachfrage im Ausschuss, wie es dann mit den beantragenden Einrichtungen weiter geht wurde von Frau Dr. Hüppe dahingehend beantwortet, dass der Antrag auf Erhöhung nicht mehr opportun sei, da sich die drei Träger, Drogenhilfe Hildesheim, Caritas und STEP Alfeld bereits am Vortag der Sitzung des Dezernatsausschusses darauf geeinigt hätten, mit den Zuschüssen in bisheriger Form und Höhe auskommen zu können. Eine Existenz einzelner Einrichtungen und insbesondere die Qualität der bisherigen Arbeit sei nicht gefährdet.

Eine Rückfrage bei der Caritas unsererseits hat nunmehr ergeben, dass diese Aussagen von Frau Dr. Hüppe so nicht zutreffend seien.

Zitat:

„Zu keiner Zeit hat unser Verband auch nur andeutungsweise zu verstehen gegeben, dass wir auf Dauer ohne zusätzliche Öffentliche Mittel die Versorgung garantieren könnten.“

Die Aussage von Frau Dr. Hüppe, dass der Caritasverband sich mit der Verwaltungsvorlage letztendlich einverstanden erklärt habe, ist im hohen Maße irreführend. Der Caritasverband hat vielmehr in aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, dass wir mit der jetzigen Bezuschussung auch für das Jahr 2013 nicht einverstanden sind.“

Die Nichtgewährung der erhöhten Zuschüsse führe vielmehr zu einer massiven Gefährdung der Caritas bei dem entsprechenden Angebot der Suchthilfe. Personalentlassungen stünden an, wenn man die Deckungslücke, die durch Wegfall der kirchlichen Zuweisung entsteht nicht kompensieren könne.

In der Vorlage 304/XVII wird dargestellt, dass die Suchtkrankenhilfe als Pflichtaufgabe im übertragenen Wirkungskreis zu den Aufgaben des Soz.psych.Dienstes gehört. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welcher Informationsgrundlage hat Frau Dr. Hüppe den Ausschuss informiert. Woher stammen insbesondere die Informationen der Verwaltung, dass die Nichtgewährung erhöhter Zuschüsse zu keinen Engpässen bei der Caritas führt?
2. Wie stellt sich die Verwaltung zu den Vorwürfen der Caritas und wie gedenkt der Landrat zukünftig sicherzustellen, dass seine Mitarbeiter den Kreistag und seine Ausschüsse nicht fahrlässig oder ggf. sogar vorsätzlich falsch informieren?
3. Wie bewertet die Kreisverwaltung die Lage der Caritas nunmehr?
4. Wie gedenkt der Landkreis Hildesheim ggf. die Aufgaben der Suchtberatung aufzufangen, wenn ein Anbieter aufgrund der Finanzlücke wegbrechen sollte?
5. Warum stellen sich die Förderzuschüsse für die Wahrnehmung der Suchtberatung monetär so unterschiedlich dar?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Berndt
Gruppenvorsitzender

F.d.R.



Thomas Oelker
Fraktionsgeschäftsführer